

Beschluss I

*Einreicher*innen: Bezirksvorstand*

Kein Weiterbau der A100 durch und unter Friedrichshain und Lichtenberg – für einen nachhaltigen Abschluss und umfassende Lärmschutzmaßnahmen in Treptow

Ein möglicher Weiterbau der Stadtautobahn A100 durch und unter Friedrichshain und Lichtenberg bleibt verkehrs- und stadtentwicklungspolitischer Unsinn. Zudem gibt es für den Abschluss des bereits im Bau befindlichen Bauabschnitts in Treptow noch immer keine für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner akzeptable Lösung. Wir als LINKE werden uns deshalb weiterhin auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass

1. die zuständige Senatsverwaltung für Umwelt und Verkehr alles dafür unternimmt, dass für den Abschluss der A100 in Treptow endlich eine Gesamtlärbetrachtung für Bahn- und Straßenlärm durchgeführt wird und auf dieser Grundlage Mittel aus dem Lärmsanierungsprogramm des Bundes für eine ordentliche Lärmschutzwand an der Ostseite der Schienenstrecken beantragt werden oder hilfsweise durch das Land Berlin auf eigene Kosten eine solche Lärmschutzwand errichtet wird;
2. es zu einem Abschluss der A100 am Treptower Park kommt, der – wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben – keine Vorentscheidung für einen Weiterbau durch und unter Friedrichshain und Lichtenberg mit sich bringen darf und dazu ebenerdig inklusive eines nachhaltigen Verkehrsmanagements abgeschlossen werden muss;
3. dass alle verfügbaren Maßnahmen geprüft und ergriffen werden (Änderung Stadtentwicklungsplan Verkehr, Änderung Flächennutzungsplan etc. – mit dem Ziel, die bisherigen Trassen-Vorhalteflächen für soziale Infrastruktur und Wohnquartiere zu nutzen), um zu verhindern, dass die Bundesregierung den Weiterbau der A100 durch und unter Friedrichshain und Lichtenberg auch gegen den Willen des Landes Berlin planen und durchführen kann.

Begründung:

Da die Verunsicherung darüber, wie es mit der Stadtautobahn A100 weiter geht, wieder zunimmt, ist es wichtig, dass wir als LINKE uns dazu noch einmal deutlich positionieren.

Die zunehmende Verunsicherung hat dabei mehrere Ursachen. Zum einen ist hier der auf Druck der Bundesregierung geänderte Planfeststellungsbeschluss der Senatsverwaltung für Umwelt und Verkehr vom 20. März 2018 zu nennen, der den Bau des letzten Stückes des 16. Bauabschnitts bis zum Treptower Park in Höhenlage vorsieht und somit als Vorentscheidung für einen späteren Weiterbau der A100 interpretiert werden kann.

Zum zweiten haben zuletzt Forderungen einzelner SPD-Politiker, den Weiterbau der A100 doch noch in dieser Legislaturperiode voranzutreiben, für unnötige Irritationen gesorgt.

Zum dritten stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die Tatsache hat, dass der Bund – nach der entsprechenden Grundgesetzänderung aus dem Jahre 2017 – ab 2021 das Planungsrecht für den Autobahnbahnbau inne hat und dann theoretisch auch gegen den Willen des Landes Berlins die Planung des Weiterbaus der A100 durch und unter Friedrichshain und Lichtenberg vorantreiben könnte.